

Amtsblatt der Stadt Brühl



34. Jahrgang

Ausgabetag: 07.05.2018

Nummer: 10

Seite

Bekanntmachung über die Widerspruchsrechte gegen die Übermittlung von Daten aus dem Melderegister gemäß den §§ 36, 42 und 50 BMG (Bundesmeldegesetz) ab dem 01.11.2015

50 - 51

Bekanntmachung über die Sitzung des Rates der Stadt Brühl am Montag, den 14.05.2018 um 18:30 Uhr **in der Mensa der Clemens-August-Schule, Clemens-August-Straße 33**, in 50321 Brühl

52 - 53

Herausgeber: Stadt Brühl – Der Bürgermeister

Bezug: Stadt Brühl
Der Bürgermeister
Rathaus
50319 Brühl

Jahres-Abo € 23,00 incl. Porto
Kündigung des Bezugs:
Nur für das folgende Jahr zum 30.11.

Einzelpreis € 1,00 incl. Porto
Für Selbstabholer liegt das Amtsblatt
kostenlos im Rathaus, Uhlstraße 3 und im
brühl-info, Uhlstr. 1, aus.

Öffentliche Bekanntmachung

der Stadt Brühl



Widerspruchsrechte gegen die Übermittlung von Daten aus dem Melderegister gemäß den §§ 36, 42 und 50 BMG (Bundesmeldegesetz) ab dem 01.11.2015

Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Parteien, Wählergruppen u.a. bei Wahlen und Abstimmungen

Die Meldebehörde darf gemäß § 50 Absatz 1 BMG Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorangehenden Monaten Auskunft aus dem Melderegister über die in § 44 Absatz 1 Satz 1 BMG bezeichneten Daten von Gruppen von Wahlberechtigten erteilen, soweit für deren Zusammensetzung das Lebensalter bestimmend ist. Die Geburtsdaten der Wahlberechtigten dürfen dabei nicht mitgeteilt werden. Die Person oder Stelle, der die Daten übermittelt werden, darf diese nur für die Werbung bei einer Wahl oder Abstimmung verwenden und hat sie spätestens einen Monat nach der Wahl oder Abstimmung zu löschen oder zu vernichten.

Bei einem Widerspruch werden die Daten nicht übermittelt. Der Widerspruch ist bei der Meldebehörde der alleinigen Wohnung oder der Hauptwohnung einzulegen. Er gilt bis zu seinem Widerruf.

Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten aus Anlass von Alters- oder Ehejubiläen an Mandatsträger, Presse oder Rundfunk.

Verlangen Mandatsträger, Presse oder Rundfunk Auskunft aus dem Melderegister über Alters- oder Ehejubiläen von Einwohnern, darf die Meldebehörde nach § 50 Absatz 2 BMG Auskunft erteilen über:

- Vor- und Familiennamen
- Doktorgrad
- Anschrift
- Datum und Art des Jubiläums

Altersjubiläen sind der 70. Geburtstag, jeder fünfte weitere Geburtstag und ab dem 100. Geburtstag jeder folgende Geburtstag.

Ehejubiläen sind das 50. und jedes folgende Ehejubiläum.

Bei einem Widerspruch werden die Daten nicht übermittelt. Der Widerspruch ist bei der Meldebehörde, bei denen die betroffene Person gemeldet ist, einzulegen. Er gilt bis zu seinem Widerruf.

Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an Adressbuchverlage

Die Meldebehörde darf gemäß § 50 Absatz 3 BMG Adressbuchverlagen zu allen Einwohnern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, Auskunft erteilen über

- Familiennamen
- Vornamen
- Geschlecht
- Doktorgrad
- derzeitige Anschriften

Die übermittelten Daten dürfen nur für die Herausgabe von Adressbüchern (Adressenverzeichnisse in Buchform) verwendet werden.

Bei einem Widerspruch werden die Daten nicht übermittelt. Der Widerspruch ist bei allen Meldebehörden, bei denen die betroffene Person gemeldet ist, einzulegen. Er gilt bis zu seinem Widerruf.

Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an eine öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaft durch den Familienangehörigen eines Mitglieds dieser Religionsgesellschaft

Haben Mitglieder einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft Familienangehörige, die nicht derselben oder keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören, darf die Meldebehörde gemäß § 42 Absatz 2 BMG von diesen Familienangehörigen folgende Daten übermitteln:

- Vor- und Familiennamen
- Geburtsdatum und Geburtsort
- Geschlecht
- Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft
- Derzeitige Anschriften
- Auskunftssperren nach § 51 BMG
- Sterbedatum

Der Widerspruch gegen die Datenübermittlung verhindert nicht die Übermittlung von Daten für Zwecke des Steuererhebungsrechts an die jeweilige öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaft. Diese Zweckbindung wird dem Empfänger bei der Übermittlung mitgeteilt.

Der Widerspruch ist bei der Meldebehörde der alleinigen Wohnung oder der Hauptwohnung einzulegen. Er gilt bis zu seinem Widerruf.

Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr

Gemäß § 36 Absatz 2 Satz 1 BMG besteht das Recht, der Datenübermittlung nach § 58c Absatz 1 des Soldatengesetzes zu widersprechen:

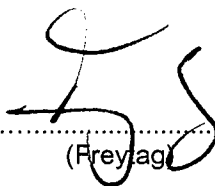
Nach § 58b des Soldatengesetzes können sich Frauen und Männer, die Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sind, verpflichten, freiwilligen Wehrdienst zu leisten, sofern sie hierfür tauglich sind. Zum Zweck der Übersendung von Informationsmaterial übermitteln die Meldebehörden dem Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr aufgrund § 58c Absatz 1 des Soldatengesetzes jährlich bis zum 31. März folgende Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden:

- Familienname
- Vornamen
- gegenwärtige Anschrift

Bei einem Widerspruch werden die Daten nicht übermittelt. Der Widerspruch ist bei der Meldebehörde der alleinigen Wohnung oder der Hauptwohnung einzulegen. Er gilt bis zu seinem Widerruf.

Für Widerspruchserklärungen wenden Sie sich bitte schriftlich oder zur Niederschrift an die Stadt Brühl, Der Bürgermeister, Bürgeramt, Uhlstr. 3, 50321 Brühl.

Brühl, den 29. März 2018


.....
(Freytag)



Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Brühl

Bekanntmachung über die Sitzung des Rates der Stadt Brühl am 14.05.2018

Am **Montag, 14.05.2018, 18:30 Uhr**, findet in der Mensa der Clemens-August-Schule, Clemens-August-Straße 33, 50321 Brühl, die Sitzung des Rates statt mit folgender Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Niederschrift vom 05.03.2018
3. Entwurf des Jahresabschlusses 2017
4. Ermächtigungsübertragung aus dem Haushaltsplan 2017 nach 2018
5. 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der Offenen Ganztagschule an Grundschulen der Stadt Brühl.
6. Bereitstellung von naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen an der Erich Kästner-Realschule
7. Bebauungspläne
 - 7.1 Bebauungsplan 03.03 "Kölnstraße / nördlich Heinrich-Esser-Straße" Teilbereich I
- Abwägungs- und Satzungsbeschluss -
 - 7.2 Bebauungsplan 06.15 "Alte Bonnstraße, Otto-Wels-Straße, Linie 18"
- Abwägungs- und Satzungsbeschluss -
8. Zustimmung zum Erschließungsvertrag im Bereich des künftigen Bebauungsplanes 06.15 "Alte Bonnstraße/Südlich Otto-Wels-Str., Linie18"
9. Änderung Gesellschaftsvertrag Gebausie
10. Anträge
 - 10.1 Offene Ganztagschule
 - 10.1.1 Offene Ganztagschule: Kriterien zur Gewinnung von qualifiziertem Personal
Bezug: Antrag der SPD-Fraktion vom 2.4.2018
 - 10.1.2 Tarifgerechte Bezahlung in der OGS
Bezug: Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 20.4.2018

10.1.3 Qualität und tarifliche Bezahlung in der Offenen Ganztagschule (OGS)
Bezug: Antrag der SPD-Fraktion vom 02.04.2018, Vorlage Nr. 107/2018 und Antrag der Fraktion Die Linke und Piraten Partei vom 20.04.2018, Vorlage Nr. 127/2018

10.2 Realisierung Wohnbebauung durch Stelzenbauweise
Bezug: Antrag der SPD-Fraktion vom 14.04.2018

10.3 Erstellung von neuem Wohnraum in Brühl durch die Gebausie
Bezug: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und Grüne vom 18.04.2018

11. Umbesetzung in Ausschüssen

11.1 Umbesetzung im Hauptausschuss
Bezug: Antrag der Grüne-Fraktion vom 17.04.2018

11.2 Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss

12. Mitteilungen

13. Anfragen

13.1 Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors
Bezug: Anfrage der Fraktion Linke&Piraten vom 18.4.2018

13.2 Externe Beratungskosten der Stadt Brühl
Bezug: Anfrage der Fraktion Linke&Piraten vom 18.04.2018

B) Nichtöffentliche Sitzung

14. Einberufung der Gesellschafterversammlungen der Stadtwerke Brühl GmbH und der Gebausie Brühl GmbH

15. Bestellung eines/einer stellvertretenden Leiters der Freiwilligen Feuerwehr

16. Aufstellung der Vorschlagsliste der Stadt Brühl für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 2019 - 2023

17. Mitteilungen

18. Anfragen

gez. Dieter Freytag
Bürgermeister